

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seiger Straße 52, IV., Volkshaus
Telephon 790.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privat 40 Pfg. für die einseitige
Pettzeile oder deren Raum berechnet. - Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 20. Sonnabend, den 13. Mai 1916. 20. Jahrgang.

Weltwirtschaft und Gewerkschaften.

In dem Streit der Meinungen über den modernen Imperialismus ist das vielgebrauchte Wort oft in einer ganz verschwommenen Begriffserweiterung gebraucht worden. Man hat auch die weltwirtschaftliche Ausdehnung kaufmännischer, industrieller und bankmäßiger Betätigung mit der Bezeichnung „Imperialismus“ belegt, der ebenso wie der rein politische, auf Land-Annexionen ausgehende, zu bekämpfen sei. Der weltwirtschaftliche Imperialismus ist aber keineswegs die vielerorts herrschende Ansicht, die sich erst in Deutschland und in den übrigen Staaten mit moderner Güterproduktion eingebürgert hat, sondern er ist uralte und trat unter Formen auf, die dem jeweiligen Stande der Produktion und des Transportmittels wechselläufig waren.

Dem sozialistischen Standpunkte aus können wir die weltwirtschaftliche Entwicklung einer Nation nicht hindern, wir brauchen sie auch nicht zu bekämpfen, weil wir wissen, daß der Konkurrenzkampf der Wirtschaftsmächte sich naturgemäß vollzieht und weil die weltwirtschaftliche Ausdehnung der Volkswirtschaft mit Gütern und Kapitalaustausch herüber und hinüber gehört zur vollen wirtschaftlichen Entfaltung der Produktionskräfte des Landes. Ohne aktiven und passiven Anschluß an die Weltwirtschaft über Land und über See gibt es auch keine moderne Arbeiterbewegung, und ganz besonders ist die Gewerkschaftsbewegung an einer ständigen und ruhigen Aufwärtsentwicklung des internationalen Güterausstausches interessiert. Man soll der Arbeiterbewegung nicht zumuten, sich wirtschaftlich auf den Isolierfuß zu setzen, indem sie zum Kampfe gegen den weltwirtschaftlichen Imperialismus aufgefordert wird. Diese Isolierung gliedert einem Selbstmord, denn Marx sagt schon, daß die Verhältnisse der Industrie und des Handels innerhalb jeder Nation beherrscht sind durch ihren Verkehr mit andern Nationen, bedingt sind durch ihre Verhältnisse zum Weltmarkt.

Heute ist der ganze Erdbreis in die moderne technisch-industrielle Entwicklung einbezogen, diese Entwicklung ist unaufhaltsam, sie ist ein nützlicher und für die menschliche Kultur notwendiger Prozeß. Er kann sich aber heute nur vollziehen mit den Mitteln der kapitalistischen Unternehmung.

Unter den Ländern, die am internationalen Güterausstausch in hervorragendem Maße beteiligt sind, steht Deutschland mit an erster Stelle. Die ganze deutsche Warenproduktion hat sich den Erfordernissen des Weltmarktes angepaßt, und es bedarf keines hervorragenden Scheiterbildes, um für die circa 14 Millionen starke Industriearbeiterbevölkerung recht schlimme Zeiten zu erkennen, wenn es unsern Gegnern, und speziell England, gelingen sollte, uns auch nur um ein geringes die Ausbehnungsmöglichkeit auf dem Weltmarkt abzuschneiden und damit einen Teil der nationalen Güterproduktion lahmzulegen. Die Gewerkschaften hätten die Folgen einer derartigen Vorkriegszeit am ersten zu tragen; Arbeitslosigkeit, sinkender Lohn und verlängerte Arbeitszeit, Auswanderung usw. wären die Begleiterscheinungen eines wirtschaftlichen Rückschlages, wie ihn uns dieser Tage erst wieder Vertreter der englischen Nation gemeldet haben. Auf der Entente-Seite rechnet man mit Sicherheit mit einem „Handelskrieg nach dem Kriege“ gegen Deutschland. Man mag die Drohungen mit einem derartigen Handelskriege auch noch so gering einschätzen und die praktischen Folgen, weil die Völker im Güterausstausch aufeinander angewiesen sind, nicht allzuernstlich hoch bewerten, indessen liegt ein Blick auf die Handelsstatistik Deutschlands, daß auch nur eine teilweise Störung unseres Handels für die einheimische Güterproduktion und in weiterer Folge für die Arbeiterbevölkerung von katastrophaler Bedeutung werden kann. Wir haben daher ein großes Interesse an einem solchen Ausgange des Vorkriegszustandes, der uns die Ausweitung auf dem Weltmarkt gewährleistet. In welcher Weise der deutsche Handel und die deutsche Warenproduktion am Weltmarkt beteiligt sind, zeigen uns die recht herben Ziffern unserer Statistik über Deutschlands Außenhandel. Dieser repräsentierte im Spezialhandel in den Jahren 1905 bis 1913 in Millionen Mark:

Jahr	Einfuhr	Ausfuhr
1905	7436,8	5341,8
1906	8021,9	6359,0
1907	8748,7	6848,2
1908	7668,6	6309,3
1909	8520,0	6504,2
1910	8929,9	7374,7
1911	9544,8	8106,8
1912	10601,8	8953,8
1913	10769,7	10007,2

Aus diesen Ziffern ersehen wir ein fortgesetztes Steigen des Imports und des Exports. Einen Beweis von unterm Ueberseehandel und der Wichtigkeit unserer Handelsmarine bekommen wir, wenn wir den Handel Deutschlands in den wichtigsten Warenkategorien betrachten. Aus den Ländern Europas bezog Deutschland allein an Rohstoffen, mit denen seine Industrie gespeist wird, für 2054 Mill. Mk., an Lebensmitteln 1649,8 Mill., an Halbfabrikaten für 706,6 Mill., an fertigen Waren für 1197 Mill. Mk. Es lieferte aus an die gleichen Länder an Rohstoffen für 1132,6, an Lebensmitteln für 916,5, an Halbfabrikaten für 832,1, an fertigen Waren für 4788,7 Mill. Mk.

Aus Asien bezogen wir an Lebensmitteln für 165,0, an Rohstoffen für 765,0, an Fertigwaren für 47,3 Mill.; wir lieferten nach Asien aus an Fertigwaren für 508,4 Mill. Aus Amerika bezogen wir an Lebensmitteln für 902,5, an Rohstoffen für 1484,8, an Halbfabrikaten für 415,1, an Fertigfabrikaten für 181,8 Mill. Mk., an fertigen Waren lieferten wir Amerika für 1220 Mill. Mk. Wenn wir bedenken, daß die überseeischen Länder uns vorwiegend Lebensmittel und Rohstoffe für die Industrie liefern, dann können wir erkennen, daß eine Störung dieses Handels für die deutsche Nation und seine ohnehinwichtige Industrie zu bedeuten hat. Es bedarf keines besonderen Hinweises, was in diesen komplizierten und ausgedehnten Handelsbeziehungen ein Weltkrieg zu bedeuten hat. Die Lebensmittelnot erklärt sich aus der Unterbindung der in Friedenszeiten mächtigen Zufuhr von Lebensmitteln aus fremden Ländern durch die englische Kriegsmacht. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat allen Anlaß zu wünschen, daß der Krieg und die gewaltigen Störungen des Wirtschaftslbens in einer für sie möglichst günstigen Weise beendet werden. Nach dem Kriege wird die deutsche Gewerkschaftsbewegung alle Hände voll zu tun haben, um den üblen Nachwirkungen dieses Krieges durch kräftige und kluge gewerkschaftliche und schlichterische Aktionen zu begegnen.

Reiz für ein Reichsmonopol.

Von Otto Due.

Gewisse offiziöse Neußerungen lassen mit ziemlicher Gewißheit vermuten, daß man sich im Reichsstaatsamt mit dem Gedanken der Einführung von industriellen Reichsmonopolen vertraut gemacht hat. Die Monopolgewinne sollen mit zum Ausgleich des zu erwartenden kolossalen finanziellen Defizits im Reichshaushalt dienen. Ob auch Produktions- oder nur Handelsmonopole, oder beide in Aussicht genommen sind, ist noch ungewiß. Verwunderlich ist jedoch, daß unter den diversen Gewerben, für die nach allerhand unkontrollierbaren Mitteln ein Reichsmonopol geplant sein soll, eines noch nicht genannt ist, dessen Monopolisierung von Reichs wegen relativ wenig technische und administrative Schwierigkeiten machen würde: die Pulver- und Sprengstoffindustrie.

Die Zahl der Produktionsanlagen in dieser Industrie ist verhältnismäßig klein, ihre Umsätze und finanziellen Erträge sind aber verhältnismäßig sehr hoch. Die Sprengstoffindustrie ist seit Jahrzehnten enge kartelliert. Zwischen den deutschen Pulverfabriken (Pulverkartell) und der gelindesten Dynamitgruppe besteht seit langem ein Gewinn- und Verlust-Verteilungsvertrag, ein finanzwirtschaftliches Abkommen, wie es sich in dieser Eigenart kaum in einer andern Industrie vorfindet.

Das Abkommen erhielt ein ganz besonderes Gepräge durch seine Ausdehnung auf die dem internationalen Nobel-Dynamitkartell angehörenden großen britischen Explosionsstofffabriken. Die nationale Kartellierung der deutschen Pulver- bzw. Sprengstofffabriken datiert vom 30. September 1889. Daran schloß sich der internationale „General-Kartellvertrag“ mit dem Nobel-Dynamitkartell, d. h. mit den britischen Sprengstofffabriken. Durch Zusatzverträge vom 8. Oktober 1897 und 30. Juli 1911 ist der Hauptvertrag ergänzt worden.

Der internationale General-Kartellvertrag wurde am letztgenannten Datum bis zum Jahre 1950 verlängert, er ist jedoch durch den Kriegsausbruch sofort praktisch außer Geltung gekommen. Dem haben die Vertragsgruppen Rechnung getragen, indem sie Ende 1914 den General-Kartellvertrag mit Rückwirkung bis zum 31. Dezember 1913 kündigten. Nun erfuhr auch die britische Öffentlichkeit, wie eng verflochten die britische Sprengstoffindustrie mit der deutschen war und welcher straffen Zentralisation sie sich erfreut. Die internationale Vermittlungskommission der Ausleihsverhandlungen bildete die mit der Diskontogesellschaft Berlin liierte Norddeutsche Bank in Hamburg. Die in deutschen Händen befindlichen Anteile des internationalen Nobel-Dynamitkartells wurden dem (urs?) Werte nach auf 30 Millionen Mark geschätzt. Der Entgelt soll von der Norddeutschen Bank, die für etwa 1,8 Mill. Mk. Stiel. Zugs-Stammaktien übernahm, durch Übertragung deutscher Interessen, die sich derzeit in England befinden, geleistet werden. Die britischen Kartellgenossen garantierten die Rückzahlung der ihren deutschen Gesellschaften gehörenden Anteilwerte nach dem Kriege. Die schwierigen Ausleihsverhandlungen sind auf Umwegen durch neutrale Diplomaten und Banken geführt worden.

Nach Lösung des General-Kartellvertrages haben die deutschen Pulver- und Sprengstofffabriken ein besonderes Arrangement getroffen. Die Pulvergruppe erhält vom Jahre 1914 ab 50 Proz. (vordem 40 Proz.), die Sprengstoffgruppe erhält 50 Proz. (vordem 60 Proz.) der zusammengeworbenen Gewinne. Demnach ist die Industrie schon so weit konzentriert, daß sogar eine gemeinsame Gewinnverteilung durchgeführt werden kann.

Welche finanziellen Erträge für die Reichskasse zu erwarten sind nach einer Monopolisierung, mögen folgende Angaben erhellen. Der Einfachheit halber habe ich die seit 1905 gezahlte Dividende zusammengestellt bis zu dem jeweils letzten mir bekanntgewordenen Jahresergebnis. Unberücksichtigt sind die in dieser Industrie besonders enormen Abschreibungen und Rückstellungen von dem Bruttoertrags abgezogen. Es zählten:

Unternehmen	Dividende in Prozent des Aktienkapitals
Deutsche Sprengstoffwerke, A.-G., Hamburg	1905/12 159 1/2
Dynamit-A.-G., vorm. Nobel u. Komp.	1905/12 154
Sprengstoff-A.-G. Karbonit, Hamburg	1905/14 70 1/2
Siegener Dynamit-A.-G., Köln	1905/14 143
Rheinisch-Westfälische Sprengstoff-A.-G., Köln	1905/14 143
Rheinische Dynamit-A.-G., Köln	1905/14 214 1/2
Ober-schlesische A.-G. für Fabrikate von Eignose	1905/14 201
Pfälzische Pulverfabrik, A.-G., St. Ingbert	1906/15 81
Kölnener Dynamit-A.-G., Köln	1906/13 116
Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabrik, Berlin	1905/14 169
Pfälzische-Anhalter Sprengstoffabrik, Berlin	1905/14 205
Dresdener Dynamitfabrik, A.-G., Dresden	1905/10 146

In Zeiträumen von längstens einem Jahrzehnt haben die Aktionäre der deutschen Pulver- und Sprengstofffabriken bis zu dem doppelten Betrag des Aktienkapitals schon in Form von Dividenden zurückgezahlt erhalten. Dazu sind aber von dem Fabrikationsgewinn noch gewaltige Summen für Betriebserweiterungen, überzählige Abschreibungen und außerordentlich hohe Reservefonds verwendet worden. Beispielsweise betragen die „offenen Reserven“ bei den Ber. Köln-Rottweiler Pulverfabriken über 9 Mill. Mark, die „stillen Reserven“ dürften noch weit höher sein. Das Aktienkapital beträgt dabei nur 16 1/2 Mill. Mark. Namentlich für die letzten beiden Jahre sind in dieser Industrie Abschreibungen in einer Höhe vorgenommen worden, daß selbst ganz neue Werksanlagen bereits ganz „abgeschrieben“ erscheinen. Anders wußte man mit der Ueberfülle der Gewinne nicht zu bleiben, wollte man die hohen Dividenden nicht noch verdoppeln.

Einer mir zugänglich gemachten autoritativen Rentabilitätsberechnung einer neuen Sprengstofffabrik entnahm ich, daß diese allein bei einem Fabrikationsquantum von einer Million Rilo (Reinigungsfähigkeit mehr als das Doppelte) fast 3 1/2 Proz. des Aktienkapitals als Reingewinn verdient! Die allgemeine Sprengstoffdividende betrug schon vor dem Kriege meist über 20 Proz. und liegt in einem Falle sogar bis auf 50 Proz. pro Jahr vom Aktienkapital.

Sie ist sicher eine sehr reiche Geldquelle, die sich die geldbedürftige Reichskasse nicht entgehen lassen sollte. Ich habe schon die außerordentlich fortgeschrittene Konzentration der Sprengstoffindustrie hervorgehoben. Die Zahl der maßgebenden Herren ist erkranklich gering. Den finanziellen Zentralpunkt bildet die Diskontogesellschaft Berlin mit ihrer Hamburger Filiale, der Norddeutschen Bank. Die Herren Aufsichtsräte und

Schnitzel stellten hauptsächlich die personelle Verbindung der deutschen Dynamittruggenossen mit ihren britischen Geschäftskollegen her. Beider Namen finden sich auch in der Liste der Aufsichtsräte mehrerer deutscher Sprengstofffabriken. Ferner erscheint wiederholt der „Mamuth“-Aufsichtsrat Kommerzienrat Louis Hagen-Köln als „Sprengstofffabrikant“.

Ganz besonders charakteristisch ist die intime Verbindung der Sprengstoff- mit der großen Bergwerks- und Hüttenindustrie. Unter den Aufsichtsräten oder Verwaltungsräten der Sprengstofffabriken befinden sich, zum Teil mehrfach, die Namen: Kommerzienrat Rirdorf (Gelsenkirchen u. S.), Justizrat Esser (Gelsenkirchen, Gussstahl-Witten usw.), Vize-Admiral a. D. Sad (Krupp), Hugo Stinnes, Bergat Kleine (Gelsenkirchen, Gottesseggen), Bergat Eindner (Gibernin), Bergat Bogelsang (Mansfeld), F. v. Waldhausen (vielfacher Grubenbesitzer), Bergwerksdirektor Viebrich (Gandorf-Oberhausen), Bergat Silber (Laurahütte), Bergat Williger (Rattowis), Baurat Vanlenberg (Pöhnitz-Ruhroth), Franke (vielfacher Grubenbesitzer), Justizrat Carp (Gutehoffnungshütte-Oberhausen), Bergat Döhberg (Schweitzer B. V.), Kommerzienrat Müller (Gargen) usw.

Von der Sprengstoffindustrie aber, und das ist wieder beachtenswert, laufen engverflochten Fäden zu der eigentlichen Waffenindustrie! So waren in der am 30. April v. J. abgehaltenen Generalversammlung der mit der babilischen Waffenfabrik Mauser englierten Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken Berlin (vormals Löwe u. Comp.) durch ausschlaggebende Großaktionäre vertreten die Ber. Köln-Rottweiler Pulverfabriken, Direktor Aufsichtsrat vom Dynamitkartell, die Diskontogesellschaft, die Dresdener Bank und der reichsgeordnete Aufsichtsrat Louis Hagen-Köln.

Das große Publikum ahnt gar nicht, eine wie geringe Zahl von Persönlichkeiten tatsächlich unsere ausschlaggebenden Industrien und Bankunternehmungen beherrscht.

Für die Monopolisierung der außerordentlich gewinnreichen Sprengstoffindustrie durch das Reich sprechen aber nicht nur rein finanzielle, sondern auch andere Gründe. Es mag ja den deutschen Zellhabern am internationalen Nobel-Dynamitkartell aus dem Wort zu glauben sein, daß sie bei ihren Geschäftsverbindungen mit den britischen Kartellgenossen niemals die Interessen der deutschen Landesverteidigung außer acht gelassen haben. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß in den beiden letzten Jahren vor dem Kriege unsere Ausfuhr an Schießpulver und Dynamit das Vielfache der Einfuhr betragen hat. 1912/13 sind aus Deutschland exportiert worden 4102 Tonnen Schießpulver, eingeführt wurden nur 68 Tonnen; an Dynamit und ähnlichen Sprengstoffen betrug der Export 9036 Tonnen, der Import nur 445 Tonnen!

Dabei sind schon wie gesagt die technischen und administrativen Schwierigkeiten der Monopolisierung dieser Industrie sehr gering. Ihr finanzieller Effekt würde manche geplanten, die ärmeren Volksschichten drückenden indirekten Steuern völlig unnötig machen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Kriegskostenergesetzgebung hat den mit besonders üppiger Rentabilität versehenen Aktiengesellschaften willkommenen Anlaß gegeben, aus ihren Bilanzen unüberschaubare Käufelgaben zu machen. Die schon früher geübten Methoden, Gewinne in den Jahresabschlüssen unsichtbar werden zu lassen, sind bis zur Vollkommenheit entwickelt worden. Das Gesetz zur Sicherung der Kriegsgewinnsteuer gestattet den Aktiengesellschaften, in den veröffentlichten Bilanzen den zur Sicherung der Steuer zurückgestellten Betrag nicht auszuweisen. Von diesem sehr behnensfähigen Recht wird nun in einer Weise Gebrauch gemacht, die sich bei Erlaß der Bestimmungen niemand träumen lassen konnte. Es wird nämlich von zahlreichen Gesellschaften der für die Kriegsteuer reservierte Betrag gleich vom Fabrikationsüberschuß in Abzug gebracht, so daß von vornherein die Gewinnziffern ein ganz falsches Bild bieten. Allzuam erscheinen die so angelegten Summen als Archidoren (Verbindlichkeiten), wobei die Höhe dieser Rückstellungen auf keiner Seite und in keiner Form kenntlich gemacht wird.

In den Generalversammlungen der Aktiengesellschaften pflegt es still zu sein; lebhafter gestalten sich diese Verhandlungen zumeist nur, wenn die Gunt der Geschäfte sich in Ungunst verwandelt und die sonst wenig neugierigen Aktionäre von der Verwaltung Rechenschaft verlangen. Aber in diesem Jahre wird der Eifer der Aktionäre durch den Wunsch belebt, Auskunft über die wirklich erzielten Ertragsziffern zu erhalten, weil sie von den neuen Kriegsteuerreserven zurückgehaltenen und verheimlichten Gewinnen noch einen Teil für die Erhöhung der Dividenden fordern. Nun haben die meisten Gesellschaften, bei denen verdeckte Gewinne zu suchen und zu finden sind, recht beträchtliche Dividendensteigerungen vorgenommen; die Aktionäre wollen jedoch, was nicht verwunderlich ist, noch mehr. Berechtigt dagegen ist die Absicht der Verwaltungen, die zurückgestellten Gewinnbeträge nicht zur Verteilung zu bringen; ein Verhalten, für dessen Zweckmäßigkeit die Erörterungen des Krieges ein bereites Zeugnis abgelegt haben. Ist aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen und im Interesse der Arbeiterbevölkerung wie wir schon des öfteren darlegten, der Praxis der Verwaltungen beizupflichten, so schießt doch diese Zustimmung unter keinen Umständen eine Anerkennung der Gewinnerzielung ein. Gerade das stürmische Verlangen der Aktionäre nach höheren Dividenden, das durch Bilanzdurchsichtigungen und eigene Gewinnberechnungen unterläßt wird, die vielleicht oft von der Wahrheit ebenso weit entfernt sind wie die offiziellen Gewinnangaben, zeigt, daß die Begründung für die Gewinnversteigerung nicht stichhaltig ist, denn angeblich verdecken die Verwaltungen die Gewinne nur, um die Aktionäre nicht zu unbegründeten Dividendenwünschen und Arbeiter, Abnehmer und Konkurrenten nicht zu entsprechenden Schlägen anzureizen. Durch die jetzt üblichen Bilanzierungsverfahren wird die jeweils gewünschte Rentabilitätsaufzählung natürlich nicht erzielt; das kann den Verwaltungen der Aktiengesellschaften selbstverständlich auch nicht entgangen sein; wenn sie trotzdem an ihrer Bilanzierungsweise mit verhärteter Kraft festhalten, lassen sie sich dabei von andern Motiven leiten. Den Gemeininteressen kann nicht damit gedient sein, wenn die Gewinnaussweise, die später auch für statistische Berechnungen die Grundlage geben werden, absichtlich falsch und unkenntlich verdeckt wird; neben dem Mißtrau zu Steuerzwecken auch andere Bilanzen zur Verfügung, so muß doch als zweifellos anzusehen werden, daß auf eine Unübersichtlichkeit aller Bilanzen ohnehin hingewirkt wird.

